



KLIMAZEIT

FRÜHJAHR 2007 • KLIMAZEITUNG VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Liebe Leserin lieber Leser,

seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl gab es keine so tiefgreifende ökologische Debatte wie die derzeitige um den Klimawandel. Die Menschheit steht vor einer Zeitenwende. Wir müssen das fossile Zeitalter hinter uns lassen. 15 Jahre bleiben uns, die Weichen dafür richtig zu stellen. Längst ist der Klimawandel kein abstraktes Zukunftsszenario mehr, sondern sicht- und fühlbare Realität. Die Aufgabe, ihn zu begrenzen, ist riesig – aber lösbar. Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland bekennt sich zur Notwendigkeit des Handelns. Aufgabe der Politik ist es, dafür den nötigen Ordnungsrahmen zu schaffen. Dabei müssen Deutschland und Europa eine Vorreiterrolle übernehmen. Nur dann können wir China, Indien, Russland oder die USA überzeugen, mitzumachen. Im Klimaschutz liegen große wirtschaftliche Chancen: Wer am schnellsten auf eine ökologische Wirtschaftsweise umstellt, hat die Nase vorn. Der Kampf für die nötigen Veränderungen wird nicht einfach. Die große Klima-Killer-Koalition aus Energiekonzernen, Auto-Lobbyisten und manchen Gewerkschaftsstimmen beschwört ein verantwortungsloses »Weiter-wie-bisher«. Dagegen setzen wir auf das gemeinsame Handeln aller, die verstehen, wie entscheidend die Klimafrage für unsere Zukunft ist. Wir Grüne nehmen diese Aufgabe an und laden Sie ein mitzumachen. Leisten Sie Ihren Beitrag! Damit die Zeitenwende noch zur rechten Zeit kommt.

R.N. Bütikofer

Reinhard Bütikofer,
Bundesvorsitzender von
Bündnis 90/Die Grünen

www.gruenes-klima.de



Bescheid wissen und mitmachen:
Das grüne Klima-Aktionsportal im Internet

Höchste Zeit für Klimaschutz

Der Treibhauseffekt führt schon heute zu Fluten, Wirbelstürmen, Trockenheit. Nur entschlossenes Handeln kann die Klimakatastrophe verhindern.

Sehr ungemütlich wird es auf der Welt werden, in vielen Gegenden sogar komplett lebensfeindlich – wenn die Menschheit es nicht schafft, schnell etwas gegen den Klimawandel zu unternehmen.

Immerhin ein Fortschritt: Weltweit unbestritten ist mittlerweile die Einsicht, dass die derzeitige Erderwärmung von Menschenhand gemacht ist. Spätestens seit dem Erscheinen des sogenannten 4. Sachstandsberichts des UN-Weltklimarats IPCC, dem hunderte von Wissenschaftlern weltweit zugearbeitet haben, bezweifelt niemand mehr, dass wir Menschen das Klima anheizen – und dass deshalb wir Menschen das Ruder herumreißen müssen.

Alleingänge funktionieren nicht

Dafür bleibt nur noch wenig Zeit. Bereits in der zweiten Jahrhunderthälfte könnte die Arktis eisfrei sein – mit verheerenden Folgen durch steigende Meeresspiegel. Die UN-



Foto: Jürgen Rabe – photocase.com

Klimaexperten rechnen im Laufe des 21. Jahrhunderts mit einer Erderwärmung von bis zu sechs Grad, im besten Fall werde der Temperaturanstieg lediglich etwa zwei Grad betragen. Die gute Nachricht: Noch besteht die Chance, den Klima-

wandel in den Griff zu bekommen. Nur ehrgeizige klimapolitische Ziele und entschlossenes Handeln, so sind sich Klimaforscher einig, können die bedrohliche Erderwärmung auf ein beherrschbares Maß bringen. Klimaschädliche Emissionen

müssen drastisch reduziert, ökologische Innovationen massiv vorangetrieben werden. Im Alleingang funktioniert das nicht, sondern nur in internationalen Bündnissen und mit dem Engagement jeder und jedes Einzelnen.

Grüne Politik für gutes Klima

Acht Projekte für erfolgreiche Klimapolitik



Foto: Diana Lehning – photocase.com

Die kommenden zehn bis fünfzehn Jahre sind für ein Umsteuern in der Klimapolitik entscheidend. Dafür braucht es ehrgeizige und verbindliche Ziele statt bloßer Lippenbekenntnisse. Für die deutsche Politik fordern Bündnis 90/Die Grünen deshalb konkret:

Grüne Energien und Rohstoffe fördern: »4 x 25« bis 2020 heißt das Ziel. Aus Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen wollen wir bis dahin jeweils ein Viertel der Stromversorgung, der Wärmenutzung, des Kraftstoffverbrauchs und der heute noch aus Öl und Kohle produzierten chemischen Güter herstellen.

Keine neuen Kohlekraftwerke, bis die angekündigten so genannten CO₂-freien Kraftwerke technisch machbar und damit ökologisch vertretbar sind. Schluss mit der Bevorzugung von Kohleenergie beim Emissionshandel!

Alle Gebäudeneubauten müssen ab sofort Niedrigenergie- und Nullenergiehausstandards erreichen. Der Gebäudebestand sollte bis 2030 nach dem jeweils vorbildlichen Standard saniert werden. Die Klimawende im Verkehr muss

kommen – durch eine CO₂-abhängige Kfz-Steuer, verbindliche Abgasgrenzwerte für Autos von 120 Gramm CO₂ pro Kilometer, ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Autobahnen, günstige ÖPNV-Preise, Besteuerung des Flugbenzins sowie die Einbeziehung der Luftfahrtemissionen in den Emissionshandel.

Sparsame Elektrogeräte europaweit: Mit dem »Top-Runner-Ansatz«, nach dem das jeweils verbrauchsärmste Modell verbindlicher Standard für entsprechende Produkte wird, und der Kennzeichnung von Effizienzklassen.

Verstärkte Förderung des Ökolandbaus: Denn die CO₂-Emissionen auf ökologisch bebauten Flächen sind zu zwei Dritteln geringer als bei konventionellen.

Forschung für den Klimaschutz fördern: Mittelfristig sollen jährlich 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Forschung und Entwicklung im Bereich des Klimaschutzes fließen.

»Klimacheck« für alle Gesetze und Gesetzesänderungen: Diese sollen künftig daraufhin geprüft werden, welche Auswirkungen sie auf den Klimaschutz haben.

Das Klima braucht Sie!

Die Mehrheit der Bevölkerung sieht die Grünen als die Partei, die sich am meisten für den Klimaschutz einsetzt. Einer Umfrage von Infratest dimap zufolge setzen 52 Prozent auf Bündnis 90/Die Grünen als durchschlagende politische Kraft für den Klimaschutz. Auf SPD und CDU setzen jeweils nur acht beziehungsweise sechs Prozent. Als Partei der Ökologie stellen wir den Klimaschutz in den Mittelpunkt unserer Politik und wollen Antriebskraft in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sein. Damit wir Kampagnen machen, Aktionen anstoßen und noch mehr Menschen überzeugen können, brauchen wir finanzielle Unterstützung. **Ob kleinere oder größere Beträge – jede Spenden hilft, dem Klima zu helfen. Machen Sie mit! GLS Gemeinschaftsbank**
Kontonummer 8035815900, BLZ 430 609 67

Global denken, lokal handeln

Was Kommunen für den Klimaschutz tun
Solarzellen, Biomasse oder Holzpellets – die Möglichkeiten der klimafreundlichen Strom- und Wärmeenergiegewinnung sind vielfältig. Kommunen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zeigen, wie Klimaschutz vor Ort aussehen kann. Nachmachen erwünscht!

Die **Sauerlandgemeinde Finnentrop** beispielsweise produziert seit Mai 2003 mittels eines Holzheizwerks Wärme für mehrere kommunale Gebäude, darunter das Rathaus der Gemeinde, ein Hallenbad, ein Schulzentrum, zwei Turnhallen sowie ein Wohn- und Geschäftshaus. Auch die **Ortschaft Lieberhausen** bei Gummersbach setzt auf Holz: der 350-Seelen-Ort bezieht seit Februar 2001 seine Heizwärme aus einem Holzhackschnitzel-Heizwerk. Das **Kreishaus in Steinfurt** wird mit Biogas beheizt während das **Aggertal-Gymnasium in Engelskirchen** mit einer Solaranlage seinen Energieverbrauch um den Faktor vier gesenkt hat. In **Niedersachsens Bioenergiedorf Jühnde** liefern Biomasse und nachwachsende Rohstoffe Wärme und Strom – damit spart der Ort 3300 Tonnen CO₂ pro Jahr.
Weitere Informationen zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene auf www.gruenes-klima.de

»Handwerk hat grünen Boden«

Steigende Energiepreise, ein großes Verbraucherinteresse am Klimaschutz und technologische Innovation: Die Voraussetzungen für ökologisches Bauen sind so gut wie nie. Als Beispiele seien Heizungstechnik, Wärmedämmung und Solardachanlagen genannt. Besonders für das Handwerk liegt im Zusammenhang von Ökologie und Ökonomie enormes Potenzial. »Wer als Handwerker seinen Betrieb jetzt auf ökologische Produkte und Dienstleistungen umstellt, sichert sich wirtschaftliche Vorteile und schafft zukunftsfähige Arbeitsplätze«, so der Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Reinhard Bütikofer. Er wirbt für gemeinsame Initiativen von Grünen und Handwerksverbänden: »Es ist Zeit, dass die Grünen und das Handwerk gemeinsam etwas auf die Beine stellen.« Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit soll auf der regionalen Ebene liegen.

Impressum

Herausgegeben von:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundesverband
V.i.S.d.P.: Robert Heinrich
Platz vor dem Neuen Tor 1, 10115 Berlin
Tel.: 030 – 28 44 20
E-mail: info@gruene.de
Internet: www.gruene.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. März 2007
Konzept, Redaktion, Gestaltung: KOMPAKTMEDIEN – Die Kommunikationsbereiter GmbH, Berlin
Druck: Druck- und Verlagszentrum Hagen-Bathey



Welchen Preis hat Klimaschutz?

Dr. Ottmar Edenhofer, Chefökonom am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), über Kosten, Strategien und notwendige Innovationen

Welchen Preis hat Klimaschutz? Die Antwort der Ökonomen war bislang eindeutig: Die Schäden des Klimawandels seien gering, die Kosten des Klimaschutzes zu hoch, denn Klimaschutz bedeute Verzicht auf Wirtschaftswachstum. Dennoch haben jüngste Untersuchungen gezeigt, dass ein ungebremster Klimawandel weltweit größere Schäden verursacht als bisher angenommen.

Auch belegen neuere Untersuchungen unseres Instituts, dass die Klimaschutz-Kosten beträchtlich nach unten korrigiert werden können: Mit weniger als einem Prozent des weltweiten Wirtschaftswachstums ließe sich die durchschnittliche Erderwärmung auf maximal zwei Grad beschränken. Um dies zu erreichen, brauchen wir eine Forschungsförderung, die Innovationen mobilisiert. Dabei dreht sich der Streit um vier große energiepolitische Optionen: Kohle- oder Gaskraftwerke mit der Möglichkeit der unterirdischen Lagerung von CO₂, Nuklearenergie, Erneuerbare Energieträger sowie Energieeffizienz.

Voraussetzung für eine klimaverträgliche Nutzung der Kohle ist das CO₂-freie Kohlekraftwerk. Das existiert noch nicht und weitere beträchtliche technische und institutionelle Innovationen sind noch vonnöten. Auf Atomkraft können wir wahrscheinlich ver-

zichten, wenn es in den nächsten beiden Dekaden bei den Erneuerbaren Energieträgern zu einem Durchbruch kommt. Bereits 2030 könnten Wind, Biomasse und Sonnenenergie im Stromsektor einen Anteil von 30 Prozent erreichen.

Entscheidend ist, dass Erneuerbare Energien durch Massenproduktion und einen geschickten regionalen Einsatz konkurrenzfähig werden: So kann Solarenergie besonders effizient in Andalusien genutzt werden, Windenergie in der Nordsee und Biomasse in Ostdeutschland und Polen. Für eine solche Arbeitsteilung müssen die europäischen Märkte für Erneuerbare Energien zusammenwachsen. Am schnellsten ließe sich die Energieeffizienz erhöhen, beispielsweise durch Wärmedämmung an Gebäuden und eine bessere Brennstoffeffizienz bei Fahrzeugen. Etwa 700 Milliarden Tonnen CO₂ könnten in diesem Jahrhundert durch die Steigerung der Energieeffizienz eingespart werden.

Wir brauchen die dritte industrielle Revolution

Entscheidend für den Klimaschutz ist, dass die Atmosphäre nicht länger kostenlos genutzt werden darf. CO₂ muss weltweit seinen Preis haben, damit sich Innovationen am Markt durchsetzen. Zwar hat Europa mit dem Emissionshandel den richtigen Weg eingeschlagen, doch wurden die Emissionsrechte

verschenkt. Dabei zwingt nur die Versteigerung die Kraftwerksbetreiber, ihre Investitionsrechnungen zu überdenken und alte Anlagen stillzulegen. Der europäische Emissionshandel muss entscheidend verbessert werden, um das Innovationspotenzial der Wirtschaft frei-

zusetzen. Und es gilt, neue Weltregionen – etwa die USA – und Sektoren in den Emissionshandel zu integrieren. Wir brauchen einen globalen Markt für Emissionsrechte, um die nötigen Such- und Lernprozesse für eine dritte industrielle Revolution auszulösen.



»China entdeckt sich als Opfer des Klimawandels«

Drei Fragen von Claudia Roth an den Wissenschaftler Wolfgang Sachs

Vom Gipfel der acht großen Industriestaaten und Russland (G8) im Juni in Heiligendamm an der Ostsee fordern Bündnis 90/Die Grünen ein Signal für verbindliche internationale Klimaschutzziele. Die grüne Bundesvorsitzende sprach mit Wolfgang Sachs über die globale Dimension der Erderwärmung.

Claudia Roth: Der UN-Weltklimabericht lässt keinen Zweifel an menschengemachten Klimawandel. Welche Regionen werden besonders vom Klimawandel betroffen sein?

Wolfgang Sachs: Alle Regionen der Welt werden davon betroffen sein, doch Afrika, Lateiname-

rika und Asien besonders. Denn die Landwirtschaft ist besonders anfällig, und zahlreiche Bauern kämpfen sowieso schon ums Überleben. Höhere Fluten bedrohen obendrein tief liegende Küstenstriche und Inseln. Europa ist vor allem im Süden durch Trockenheit und im arktischen Norden durch Gletscherschmelze betroffen.

Roth: Mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und den USA sitzen in der G8 acht der größten Klimasünder der Welt zusammen. Aufstrebende Schwellenländer wie China und Indien gehörten ursprünglich nicht zu den Verursachern des Klimawandels. Wie können wir sie jetzt trotzdem für globalen Klimaschutz gewinnen?

Sachs: Mittlerweile sind auch die Schwellenländer zu Verursachern geworden. Noch vor 2010 werden die weltweit meisten Emissionen – absolut, nicht pro Kopf – aus China kommen und nicht mehr aus den USA. Doch China setzt auch auf Effizienz und Erneuerbare Energien, um der Luftverschmutzung zu begegnen und weniger abhängig von teuren Gas- und Ölimporten zu sein. Es entdeckt sich als Opfer des Klimawandels: Trockenheit auf dem Land und Wasserarmut in den Flüssen stehen bevor. Deshalb begrüßen auch Experten in

China die Unterstützung für ihre Forderungen nach einem »ökologischen Leapfrogging« – das heißt einer sprunghaften Veränderung hin zu einem höheren Entwicklungsstand.

Roth: Aber in den Ländern, die sich derzeit rasant industrialisieren, heißt es oft: Klimaschutz bremst das Wirtschaftswachstum, jetzt sind wir mal an der Reihe mit Fortschritt, Wohlstand und Komfort. Sorgen wir Industrienationen mit unseren Forderungen nach Klimaschutz dafür, dass in diesen Ländern das Wachstum gebremst wird?

Sachs: Struktur und Komposition des Wachstums würden sich ändern: weniger Schwerindustrie, mehr Leichtindustrie, weniger industrialisierte Landwirtschaft, mehr regionalisierter Bio-Anbau. So eine Entwicklung könnte den Ärmern sogar mehr nutzen. Sie würde letztendlich auch ökonomisch zu Buche schlagen, denn in Zukunft stecken tragfähige Wachstumschancen für Südländer vor allem in der postfossilen Ökonomie.

Dr. Wolfgang Sachs
ist Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Umwelt, Klima und Energie und Hauptautor des vom Wuppertal Institut herausgegebenen Buches »Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit«.



Schwarz-Rot im Klimatest

Klimaschutz ist in aller Munde – auch innerhalb der großen Koalition. Doch halten Angela Merkel und Sigmar Gabriel, was sie versprechen?

Die alarmierenden Fakten aktueller Klimastudien und der milde Winter haben den Klimawandel bis ins Kanzleramt getragen. Als »die Herausforderung für die Menschheit unserer Zeit« bezeichnet Bundeskanzlerin Angela Merkel den Klimawandel. Diesen kühnen Worten folgen jedoch bisher keine entschlossenen Taten.

Zwar vermitteln Merkel und Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) die Gewissheit, dass sie die Tragweite der Klimaerwärmung grundsätzlich verstanden haben. Wird die Klimadebatte jedoch konkret, überwiegen die Warnungen vor einer »Klima-Hysterie« (SPD-Fraktionsvorsitzender Peter Struck) und das Hin- und Herschieben von Verantwortlichkeiten: Klimaschutz ja, aber bitte nicht bei mir!

Testfeld Autos: Als die EU-Kommission die Automobilindustrie nach Jahren unerfüllter Selbstverpflichtungen gesetzlich darauf festlegen wollte, den durchschnittlichen CO₂-Ausstoß von Autos bis 2008 auf 120 Gramm pro Kilometer zu begrenzen, intervenierte die Bundeskanzlerin in Brüssel zugunsten höherer Schadstoffobergrenzen.

Testfeld Kohle: Bei der Kohle fängt die Freundschaft an. Das gilt auch für Sigmar Gabriel, der bei den Verhandlungen über den Emissionshandel die SPD-nahe Kohleindustrie großzügig mit Zertifikaten bedachte. Kohlekraftwerke erhalten Emissionsrechte für 750

Gramm CO₂-Ausstoß je erzeugter Kilowattstunde Strom, Gaskraftwerke dagegen nur Rechte für 365 Gramm. Mehr noch: Für neue Kraftwerke bekommen die Betreiber 14 bis 18 Jahre lang gleich bleibend viele Zertifikate – ein weiteres Milliardengeschenk für die Kohleindustrie. Noch im Februar drängte SPD-Chef Kurt Beck die Bundeskanzlerin, bei der EU-Kommission für höhere CO₂-Verschmutzungsrechte für die deutsche Industrie einzutreten und mit einer Klage vor dem Europäischen Gerichtshof zu drohen.

Testfeld EU-Klimaziele: Mutlos agierte EU-Ratspräsidentin Merkel Anfang März auf dem Frühjahrsgipfel der EU. Das dort vereinbarte Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren, ist nur auf den ersten Blick ehrgeizig: Wenn der Zusammenbruch der alten Industrien in Osteuropa einberechnet wird, ergibt sich bereits heute eine Reduktion von 15 Prozent gegenüber 1990 – ohne zusätzliche Anstrengungen. Damit die Erderwärmung gebremst wird, ist aber eine CO₂-Reduktion um 30 Prozent bis 2020 notwendig.

Testfeld Verkehr: Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) sperrt sich gegen ein notwendiges Tempolimit von 120 Stundenkilometern, das viele Millionen Tonnen CO₂ einsparen und Anreize für den Bau effizienterer Motoren schaffen würde. Die Besteuerung von Kerosin im Flugverkehr ist für

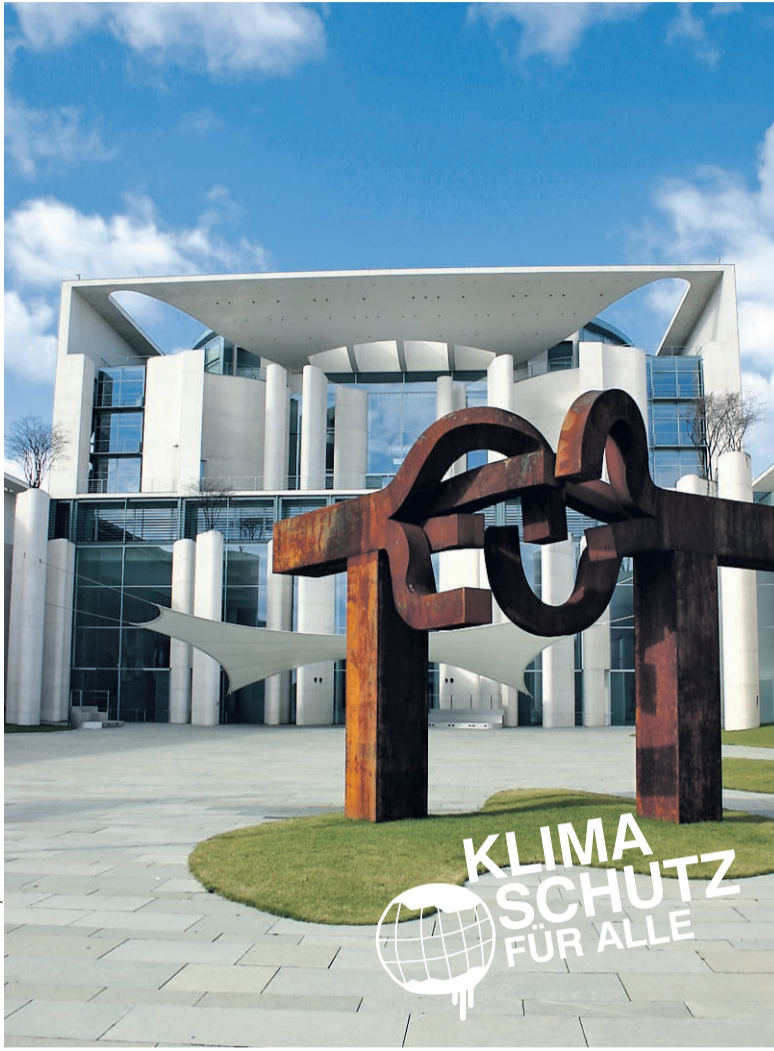


Foto: Stefan Dähm - photocase.com

die große Koalition ebenso wenig ein Thema wie die Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstraßen.

Testergebnis

Der Bundesregierung mangelt es nicht an Einsicht, aber am Mut zum Handeln. Während sich in Japan, Großbritannien und sogar in den USA ein radikales und

von der Politik mit angestoßenes Umsteuern abzeichnet, kuschelt Schwarz-Rot vor den Lobbys und der eigenen Parteibasis. Auf der Strecke bleibt nicht nur der Klimaschutz, sondern auch die Vorreiterrolle der deutschen Wirtschaft – und das in einer Zeit, in der derjenige vorn ist, der am

Klima-Killer Kohlekraftwerke verhindern

Kohlekraft gilt als klimaschädlichste Art der Stromerzeugung. In Deutschland aber sollen in den kommenden Jahren mindestens 26 neue Kohlekraftwerke entstehen.

Die Verbrennung von Kohle ist die klimaschädlichste Art der Stromerzeugung. Braun- und Steinkohlekraftwerke stoßen mehr als doppelt so viel CO₂ aus wie moderne Gaskraftwerke – von Erneuerbaren Energien ganz zu schweigen.

Allein die vier großen Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen verursachen mehr Treibhausgasemissionen als ganz Neuseeland. Trotzdem wollen die Energiekonzerne massiv in den Neubau von Kohlekraftwerken investieren – mindestens 26 sind für die kommenden Jahre geplant. Sogar der Neuaufschluss mehr Braunkohlelagern wird betrieben. Möglich wurde dies auch, weil die Bundesregierung die Kohlekraftbetreiber bei der Zuteilung von Ausstoßrechten im Rahmen des Emissionshandels gegenüber klimafreundlichen Gaskraftwerken massiv bevorzugt.

Energie geht ungenutzt verloren

Dabei ist jedes neu gebaute Kohlekraftwerk ein klimapolitisches Desaster. Zwar werden die Kraftwerksplanungen von den Betreibern als Beitrag zum Klimaschutz dargestellt, weil sie effizienter als alte Anlagen sind. Dem Vergleich zu Energie aus Erdgas, Sonne, Wind oder Biomasse halten sie jedoch bei weitem nicht stand. Im Hinblick auf die Effizienz sind die riesigen

Kohlekraftwerke regelrechte Dinosaurier. Die großen Dampfvolken aus den Kühltürmen machen deutlich, dass hier über die Hälfte der eingesetzten Energie ungenutzt als Abwärme verloren geht.

Ein weiteres Problem: Weil der Bau von Kohlekraftwerken aufwendig und teuer ist, werden sie auf eine Nutzungsdauer von vierzig Jahren und mehr angelegt. Jedes Kraftwerk, das ans Netz geht, zementiert also die kohlelastige Stromproduktion in Deutschland. Das verhindert die notwendigen Investitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien. Neue Kohlekraftwerke ohne sogenannte »CO₂-Abscheidung« sind deshalb klimapolitisch nicht verantwortlich. Die Technik »CO₂-freier Kraftwerke« existiert – trotz vollmundiger Ankündigungen der Energiekonzerne RWE und Vattenfall – bisher nur auf dem Papier. Fachleute haben große Zweifel, ob diese Technik überhaupt jemals im großen Maßstab anwendbar sein wird. Sicher ist nur: Heute steht sie nicht zur Verfügung und kann deshalb auch keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Ob eine spätere Nachrüstung der Kraftwerke möglich ist, dürfte mehr als fraglich sein. Wir Grüne werden deshalb gegen neue Kohlekraftwerke bundesweit mobilisieren. Dabei kommt es besonders auf das bürgerschaftliche Engagement vor Ort an. Wo immer

Die Standorte der geplanten 26 neuen Kohlekraftwerke.



Kohlekraftwerke in Planung sind, werden wir dagegen protestieren. Sie können uns dabei helfen: durch Unterstützung unserer Aktivitäten vor Ort, durch Aktionen im Internet, oder den Wechsel des Strom-

anbieters – weg von Strom aus Kohle und Atomkraft, hin zu Ökostrom (Lesen Sie dazu die Meldung »Ökostrom mit ein paar Klicks« rechts neben diesem Beitrag). Mehr Infos: www.gruenes-klima.de

»Gründet K-Gruppen!«

Die GRÜNE JUGEND macht gegen den Klimawandel mobil

In den über 200 Basisgruppen wird auch die GRÜNE JUGEND in den nächsten Wochen aktiv vor Ort sein. Gerade startet die Jugendorganisation den Aufruf »Gründet K-Gruppen«, wobei »K« für Klimaschutz steht. Dadurch will die GRÜNE JUGEND Jugendliche ermuntern, lokal für Klimaschutz einzutreten und konkrete Aktionen zu machen. Mit der BUNDjugend (BUND – Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Anm. d. Red.) kooperiert sie gerade bei der Autowechsel-Aktion: »Mit Aufklebern, Strafbzetteln und der Aktionshomepage www.autowechsel-jetzt.de werden wir über Spritfresser aufklären und sparsame Autos attraktiver machen«, sagt Paula Riester, Sprecherin des Jugendverbandes.

Während des Bundeskongresses im Mai, der ganz im Motto des globalen Klimawandels steht, ist eine große Aktion in Halle mit über 100 Menschen geplant. Im Vorfeld des G8-Gipfels, der im Juni stattfindet, will die GRÜNE JUGEND damit den Bezug zwischen Klimawandel und Globalisierung herstellen. »Ansonsten sind unsere Landes- und Kreisverbände für ihre Kreativität bekannt«, sagt Riester, »so dass im ganzen Land verstreut in der kommenden Zeit eine Menge los sein wird.« Also einfach bei der nächsten GRÜNE JUGEND Gruppe vorbeischauen und mitmachen!

Mehr Infos: www.gruene-jugend.de

Ökostrom mit ein paar Klicks

Der Wechsel zu Ökostrom wird dank der Aktion »Atomausstieg selber machen« denkbar einfach – ein paar Klicks im Internet genügen. Auf der Internetseite des Aktionsbündnisses, das von den deutschen Umweltverbänden gegründet wurde, finden sich ausgewählte Ökostromanbieter, die strenge Kriterien erfüllen. Sie haben keine Verbindungen mit Stromkonzernen, die Atom- oder Kohlekraftwerke betreiben und liefern ausschließlich Strom aus Erneuerbaren Energien. Der richtige Ökostromanbieter muss nur ausgesucht und das passende Antragsformular ausgedruckt und abgeschickt werden. Den Rest erledigt der neue Stromlieferant.



www.atomausstieg-selber-machen.de

Klimaschutz = Artenschutz

Wenn der Klimawandel im bisherigen Tempo anhält, werden weltweit bis zu 30 Prozent aller Arten aussterben. Klimawandel und Artenvielfalt sind eng miteinander verknüpft: Regenwälder, sibirische Tundra und Korallenriffe binden enorme Mengen an CO₂ und regulieren so das Klima. Die Erderwärmung gefährdet diese Lebensräume und droht zudem, die gebundenen Kohlestoffe freizusetzen. Deshalb müssen die Länder des Südens Anreize erhalten, ihre Lebensräume zu schützen: indem beispielsweise Artenschutz und Entwicklungshilfe verknüpft werden und durch Handelsverbote von Produkten aus illegaler Abholzung.

Wir können es schaffen!

Studien zeigen: Die Energiewende kann bis 2020 gelingen. Der Umbau der weltweiten Energieversorgung ist technisch möglich und eine ökonomische Chance.



Foto: Matthias Vaskovic - photocase.com

Der Klimawandel hat längst begonnen, und er lässt sich nicht mehr rückgängig machen. Wir können ihn aber entscheidend abmildern: Es ist möglich, klimaschädliche Emissionen so weit zu senken, dass die globale Erwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts nicht deutlich über zwei Grad Celsius hinausgeht und dadurch beherrschbar wird. Alles was darüber liegt, birgt nach Forschereinschätzung unbeherrschbare Folgen.

Deutlich wie nie zu vor macht der vierte Bericht, den der Klimarat der Vereinten Nationen (IPCC) Anfang Februar in Paris vorgelegt hat, den Menschen für den Klimawandel verantwortlich: Der Temperaturanstieg der vergangenen 50 Jahre gehe vor allem auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe in Kraftwerken, Fabriken und Autos zurück. Selbst beim notorischen Klimaschutz-Bremser, der US-Regierung unter Präsident George W. Bush, scheint sich ein Problembewusstsein und ein Umdenken abzuzeichnen. Darauf deutet unter anderem ein Bericht hin, den das Pentagon bereits 2003 in Auftrag gegeben hatte und der dem Klimawandel eine größere Bedeutung für die Stabilität der Welt beimisst als dem Terrorismus. Problem erkannt, Problem gebannt?

Wir können den Klimawandel noch abmildern und die Erde für uns und unsere Nachfahren, für Natur und

Tiere lebenswert und bewohnbar erhalten. Doch wenn wir dies schaffen wollen, müssen wir jetzt entschieden handeln. Und Handeln wird uns deutlich weniger Geld kosten als Nichtstun. Dies macht der ehemalige Weltbank-Chefökonom, Sir Nicholas Stern, in seinem Ende 2006 veröffentlichten Report deutlich. Die Kosten des Klimawandels werden danach, wenn nicht gehandelt wird, dem Verlust von wenigstens 5 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Allein für Deutschland ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Kosten in Höhe von 800 Milliarden Euro bis zum Jahr 2050, falls die durchschnittliche Temperatur bis 2100 um 4,5 Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Stand ansteigt.

Klimaschutz ist eine Wachstumsstrategie

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine ökonomische Wachstumsstrategie. Kohlenstoffarme Energietechnologien und Waren können, so Stern in seinem Report, neue Märkte schaffen, die jährlich hunderte Milliarden Dollar umsetzen. Die Beschäftigung in diesen Sektoren werde entsprechend expandieren. Dazu braucht es nach Ansicht des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) eine Forschungsförderung, die Innovationen mobilisiert. Bereits 2030 könnten Wind, Biomasse und Sonnenenergie im Stromsektor einen

Anteil von 30 Prozent erreichen, so der PIK-Chefökonom Dr. Ottmar Edenhofer. So könne Solarenergie besonders effizient in Andalusien genutzt werden, Windenergie in der Nordsee und Biomasse in Ostdeutschland und Polen.

Energiewende ohne Atomkraft ist möglich

Mit einem sofortigen umfassenden Umbau der weltweiten Energieversorgung könnte der globale Energiebedarf bis 2050 zur Hälfte mit Erneuerbaren Energien gedeckt und der CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990 um 50 Prozent gesenkt werden. Das zeigt der von Greenpeace Anfang 2007 vorgestellte Bericht »Globale Energie[R]evolution«, den das Deutsche Institut für Luft- und Raumfahrttechnik sowie 30 weitere Wissenschaftler und Ingenieure aus aller Welt erstellt haben. Das Weltenergieszenario basiert auf einer sicheren, bezahlbaren Energieversorgung und berücksichtigt die gängigen Prognosen zum weltweiten Wirtschaftswachstum. Um den Kollaps abzuwenden, müssten alle rentablen Erneuerbaren Energiequellen eingesetzt, die Effizienz gesteigert und die Kraft-Wärme-Kopplung ausgebaut werden. Auf Kohle und Atomenergie kann demnach allmählich verzichtet werden. Für Deutschland ist »ein vorzeitiger Atomausstieg bis zum Jahr 2014/15 nicht nur klimaneutral möglich, sondern im Sinne einer ambitionierten Klimaschutzstrategie förderlich«,

wie Greenpeace in dem im März 2007 veröffentlichten nationalen Energieszenario »Klimaschutz: Plan B« feststellt. »Je zügiger der Atomausstieg vollzogen wird, desto positiver werden die Effekte auf die regenerativen Energieträger sein.« Mit mehr Energieeffizienz zum Beispiel durch den Ausbau der Erdgas-Kraft-Wärme-Kopplung könne bis 2020 bis zu 24 Prozent des Stroms in Deutschland eingespart werden. Auch der Energiemix könne bis dahin radikal verändert werden: Erneuerbare Energien würden dann 33 Prozent des Stroms erzeugen (heute 9 Prozent), Stein- und Braunkohle nur noch 35 Prozent (heute 52 Prozent). Ein großes Potenzial sieht die Studie zum Beispiel in der Energiegewinnung durch Erdwärme. Neue Kohlekraftwerke würden dadurch überflüssig.

Verbraucher sind mächtiger als gedacht

Technisch ist also viel möglich. Allein: Die Politik müsste endlich die entsprechenden Entscheidungen treffen. Notwendig ist ein Ende aller Subventionen für fossile Brennstoffe und Atomkraft und ein Energiepreis, der den tatsächlichen ökologischen Kosten entspricht. Es braucht rechtlich bindende Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und einen bevorzugten Netzzugang für Strom aus Erneuerbaren Energien. Für alle stromverbrauchenden Geräte, Gebäude, Fahrzeuge müssen strikte Effizienzstandards gelten. Hier kommen die Verbraucher ins Spiel: Mit einem klimabewussten, nachhaltigen Lebensstil können sie mehr Druck auf Wirtschaft und Politik ausüben als auf den ersten Blick angenommen. Die Kaufentscheidung für innovative energieeffiziente Produkte oder die Entscheidung für Ökostrom für das eigene Zuhause oder den eigenen Betrieb setzen Akzente. Wenn dies massenhaft geschieht, wird der Akzent zum Trend – und den wollen weder Wirtschaft noch Politik verpassen.

Weitere Informationen:

www.gruenes-klima.de
www.ipcc.ch
www.sternreview.org.uk
www.diw.de
www.pik-potsdam.de
www.greenpeace.de

Klimaschutz selber machen

Praktische Tipps für den Alltag

- Autos gehören zu den Großproduzenten von Klimagasen. Jeder nicht gefahrene Auto-Kilometer spart rund 0,4 kg CO₂. Eine energiesparende Fahrweise trägt zur Senkung des CO₂-Ausstoßes bei. Mehr Infos unter: vorort.bund.net/klimaschutz
- Flugverkehr ist ein Klimakiller erster Ordnung. Ein Flug Köln-Berlin produziert ungefähr viermal soviel CO₂ wie eine Bahnfahrt. Wer unbedingt fliegen muss, sollte Projekte unterstützen, die entsprechende Mengen CO₂ einsparen. Mehr unter: www.atmosfair.de
- Der Wechsel zu einem grünen Stromanbieter, der auf Kohle und Atom verzichtet, ist denkbar einfach und preiswerter als meistens angenommen, zum Beispiel auf: www.atomausstieg-selber-machen.de
- Kühl- und Gefriergeräte sind die Stromfresser im Haushalt. Wer beim Neukauf ein Gerät der Klasse A+++ wählt, kann viel CO₂ und Geld sparen. Zum Check kann auf der Seite www.klimaschutz.de/kuehlcheck der Verbrauch des eigenen Kühlschranks geprüft werden.
- Wichtig ist auch der Standpunkt des Kühlschranks: Direkt neben Heizung, Herd oder Geschirrspüler hat er nichts zu suchen.
- Beim Kochen gilt: Deckel auf den Topf! Kochen ohne oder mit undichtem Deckel erhöht den Energiebedarf. Außerdem sollte der Topfboden mit der Größe der Platte oder Flamme übereinstimmen. Ist der Topf zu groß, verlängert sich die Kochzeit. Ist er zu klein, geht Wärme und damit Energie verloren.
- Eine effiziente Waschmaschine kann über 35 Euro im Jahr sparen. Dabei gilt: Je geringer Waschtemperatur und Waschkdauer, desto weniger Strom wird insgesamt verbraucht. Nur stark verschmutzte Wäsche braucht es heißer als 40°C. Effizient waschen bedeutet auch, das Trommelvolumen voll zu nutzen.
- Das Waschprogramm ½ meint übrigens nicht die halbe Wassermenge, sondern die halbe Wäschemenge und spart deshalb auch keinen Strom! Zweimal das Sparprogramm ½ zu verwenden, verbraucht mehr Strom und Wasser als einmal das Standardprogramm. Tipps zu sparsamen Geräten: www.spargerate.de
- Wäschetrockner verbrauchen doppelt so viel Energie wie eine Waschmaschine bei gleicher Wäschemenge. Deshalb die Wäsche möglichst im Raum oder an der frischen Luft trocknen lassen.
- Im Badezimmer gilt: Hahn zu! Beim Zähneputzen, Rasieren und Einseifen muss das Wasser nicht ununterbrochen laufen.
- Viele Gebäude verlieren ein Drittel der Heizwärme durch schlecht gedämmte Außenwände. Regelmäßiges Stoßlüften spart Heizenergie gegenüber dauerhaft gekippten Fenstern. Nachts die Heizung nicht komplett abschalten, sondern nur herunterregulieren. Ein ausgekühlter Raum benötigt bei erneuter Erwärmung einen höheren Heizwasserdurchfluss.
- Eine reflektierende Silberfolie, hinter den Heizkörpern angebracht, spart Heizkosten. Heizkosten prüfen unter: www.klimaschutz.de/heizcheck1.0.html
- Ohne den Modus »Stand-by« an Elektrogeräten würde Deutschland zwei Kraftwerke sparen. 70 Prozent seines Stroms verbraucht beispielsweise ein Computer im Stand-by-Modus. Besonders hoch ist der Energieverbrauch des Bildschirms. Deshalb: elektrische Geräte immer vollständig ausschalten – mit einer ausschaltbaren Mehrfachsteckdose ist das besonders leicht.
- Der Austausch einer herkömmlichen Glühbirne durch eine Energiesparlampe spart pro Jahr 65 Kilogramm CO₂.

Wollen Sie Kohlekraftwerke verhindern? Sonnenkraft fördern? Den Atomausstieg sichern? Dann laden wir Sie herzlich ein, bei uns mitzumachen. Mischen Sie sich ein, das Klima braucht Sie!

Ich möchte weitere Informationen zu Bündnis 90/Die Grünen und speziell zu dem Thema

Ich möchte Kontakt zu den Grünen vor Ort in

Ich möchte Mitglied werden.

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Kontakt: 030 – 28 44 20
www.gruene.de



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin